

## Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 20.04.2010

### **Besseres BAföG für viele anstatt ungerechtes Stipendienprogramm für eine Elite!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Das BAföG als soziale Säule des Studiums ist derzeit unentbehrlich. Millionen von Studierenden konnten in den letzten 40 Jahren mit Hilfe des BAföG erfolgreich studieren. Diese Form der gesetzlich abgesicherten Studienfinanzierung muss daher erhalten und ausgebaut werden.

Das „Nationale Stipendienprogramm“ hingegen, das derzeit durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung auf den Weg gebracht wird und sich an dem Stipendienmodell in Nordrhein-Westfalen orientiert, ist ein Frontalangriff auf die Chancengleichheit in der Hochschulbildung. Ein Stipendiensystem, das für die „8 % Leistungsstärksten“ konzipiert ist und zur Hälfte aus der Wirtschaft finanziert werden soll, verstärkt die soziale Ungleichheit an der Hochschule und die Unterschiede zwischen Hochschulen und Fächern wie die ersten Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen gezeigt haben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich gegenüber dem Bund und den anderen Ländern gegen die Einführung eines Nationalen Stipendienprogramms einzusetzen,
2. sich stattdessen für eine Umwidmung der Haushaltsmittel, die für ein Nationales Stipendienprogramm zur Verfügung stünden, zugunsten eines weiteren Ausbaus des BAföG einzusetzen.

#### Begründung

Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan hat nicht nur eine moderate Erhöhung des BAföG ab dem Wintersemester 2010/11 angekündigt, sondern auch die Einführung eines Nationalen Stipendienprogramms. Dieses Programm soll zur Hälfte von Bund und Ländern bezahlt werden und zur anderen Hälfte von der Wirtschaft. Ziel ist, dass die leistungsstärksten 8 % der Studierenden 300 Euro im Monat erhalten. Der Wirtschaftsanteil soll von den Hochschulen eingeworben werden. Diese sind auch für die Vergabe der Stipendien zuständig. Die Bundesregierung veranschlagt etwa 160 Mio. Euro an Kosten pro Jahr, hinzu kommen 100 Mio. Euro an Steuerausfällen. Auf Niedersachsen kommen Kosten in Höhe von etwa 13 Mio. Euro zu. Nicht eingerechnet sind hierbei die zusätzlichen Kosten, die für die Hochschulen durch den Bewerbungs- und Auswahlprozess anfallen. Die Wissenschaftsminister von CDU und FDP haben am 17. Dezember 2009 eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie den „Dreiklang aus BAföG, Stipendien und Bildungsdarlehen“ befürworten und somit ihr Placet zu den Plänen der Bundesbildungsministerin gegeben haben.

Das Stipendienprogramm ist allerdings denkbar ungeeignet, um zu einer sicheren Studienfinanzierung beizutragen. Angesichts der Tatsache, dass 31 Prozent der Schulabgänger erhebliche Finanzierungsschwierigkeiten für ihr Studium bzw. ihre Ausbildung sehen und dass 19 Prozent der Studienabbrecher finanzielle Gründe als ausschlaggebend für ihr Ausscheiden aus der Hochschule angeben, muss erstes Ziel bei einem Finanztransfer an die Studierenden sein, ihnen eine verbindliche und längerfristig abgesicherte Finanzierungsmöglichkeit aufzuzeigen. Dies leistet das BAföG, wenn auch mit einigen Einschränkungen. Ein Stipendienprogramm für die Leistungsstärksten leistet

dies nicht, da es keinen Rechtsanspruch auf eine verlässliche Studienfinanzierung darstellt, sondern dem Vergabeverfahren ein subjektiver Auswahlprozess zugrunde liegt. Folglich müssen die Haushaltsmittel von Bund und Ländern zuvörderst in den Ausbau des BAföG fließen.

Die Heraufsetzung der Förderbeträge bzw. der Freibeträge kosten den Staat pro Prozentpunkt in etwa 15 Mio. Euro; das heißt, dass mit einer haushaltsneutralen Umwandlung des Nationalen Stipendienprogramms zugunsten des BAföG die Berechtigten erheblich profitieren würden. Mit dem Stipendienprogramm hingegen werden tendenziell Studierende gefördert werden, die aus reicheren Elternhäusern stammen. Eine Auswertung der gegenwärtigen Stipendienprogramme zeigt, dass etwa  $\frac{3}{4}$  der Begünstigten aus einer „hohen“ oder „gehobenen“ sozialen Schicht stammen, nur 10 % kommen aus der niedrigsten Kategorie. Dabei beachten die Begabtenförderungswerke nicht nur die Noten im Studium, sondern auch das ehrenamtliche Engagement - mithin vergleichbare Kriterien wie sie für das Nationale Stipendienprogramm im Gespräch sind.

Erste Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, dessen Stipendienprogramm nun auf die gesamte Bundesrepublik übertragen werden soll, zeigen zudem die Nachteile der hälftigen Finanzierung durch die Wirtschaft, die von den Hochschulen eingeworben werden soll: Mit der RWTH Aachen war diejenige Hochschule beim Einwerben von Wirtschafts-Kofinanzierungen am erfolgreichsten, die aufgrund ihres Status als Exzellenzuniversität mit bereits erworbenen Meriten am besten wuchern konnte und aufgrund ihrer Ausrichtung als Technische Universität engere Kontakte zur Wirtschaft pflegt. Insofern setzt der Matthäus-Effekt ein: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, von dem wird auch, was er hat, genommen werden“ (Matthäus-Evangelium Kap. 25, Vers 29).

Der Erfolg der RWTH Aachen geschieht jedoch auf einem niedrigen Niveau. Anstatt die anfangs beabsichtigten 8 % aller Studierenden mit 300 Euro monatlich zu unterstützen, kommen bislang landesweit gerade einmal 0,3 % in den Genuss des Stipendiums; an der RWTH Aachen sind es 0,6 %. Das Geld, das somit in den Landeshaushalt für das Nationale Stipendienprogramm eingestellt werden soll, kann der Minister sogleich für die übliche Globale Minderausgabe veranschlagen. Anstatt die Studierenden zu finanzieren, würden Haushaltslöcher gestopft werden. Deswegen kann es nur heißen: Besseres BAföG für viele anstatt schmale Stipendien für wenige.

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin